

► Allgemeines

Angehörigentreffen von Tsunamiopfern. Seit der Flutkatastrophe in Südasien an Weihnachten 2004 haben das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und die Evangelische Notfallseelsorge rund 400 Angehörige von vermissten Flutopfern betreut. Mit der gemeinsamen Initiative „hoffen bis zuletzt“ bieten sie den Betroffenen psychosoziale Unterstützung und seelsorgerische Begleitung. Bislang haben bundesweit 19 regionale Angehörigentreffen stattgefunden, weitere sind in Vorbereitung. Sie werden von je einem Mitglied der Kriseninterventionsteams des DRK, der Notfallseelsorge und einem Psychologen betreut. Das aus Spendenmitteln finanzierte Projekt ist auf ein Jahr befristet. *Quelle: helfen + retten, DRK-Generalsekretariat 4.2005*

Ehrenamtliche gewinnen. Wohlfahrtsverbände können mehr ehrenamtliche Mitarbeitende gewinnen, wenn sie dafür professionelle Koordinierungsstellen einrichten. Das ergab ein Modellprojekt von Caritas-Fachverbänden im Erzbistum Köln. Den mit Hauptamtlichen besetzten Koordinationsstellen gelang es, innerhalb eines Jahres die Zahl der Freiwilligen um fast 60 % zu steigern. Die Ehrenamtlichen engagierten sich im Durchschnitt 13 Stunden pro Monat. Außerdem konnte durch die Hauptamtlichen eine „neue Kultur des freiwilligen Engagements“ geschaffen werden. Sie verbesserten nicht nur maßgeblich die Unterstützung und Begleitung der Ehrenamtlichen, sondern sie entwickelten auch neue Projekte und trugen so zu einer Erweiterung des Angebotsspektrums bei. *Quelle: caritas in NRW 4.2005*

Die Kunst des Stiftens. 20 Perspektiven auf Stiftungen in Deutschland. Von Ulrich Brömmeling. Verlag edition pro arte. Berlin 2005, 119 S., EUR 12,- *DZI-D-9701*
Gute Nachrichten aus Deutschland: Weit mehr als 13 000 Stiftungen engagieren sich durch Finanzhilfen oder eigene Aktivitäten für gemeinnützige Zwecke. Stiftungen haben den Ruf als alte, verstaubte Organisationen verloren. Sie gelten heute als Aktivposten der Gesellschaft. Doch wie funktionieren Stiftungen? Wer stiftet? Zu welchem Zweck? Wen fördern Stiftungen? Wofür erhalten Stifterinnen, Stifter und Stiftungen Steuervergünstigungen? Was sind Stiftungsvereine? Wann ist eine Stiftung unselbstständig, wann selbstständig? Ist das Stiftungswesen in Deutschland reformbedürftig? Kann man von einem Stiftungsboom sprechen? Auf diese und andere Fragen gibt dieses Buch eine Antwort – nicht als theoretische Anhandlung mit Paragraphenwerk, sondern durch die Beobachtung aus verschiedenen Perspektiven mit Beispielen aus der Stiftungswirklichkeit. Zudem ist es in einem Serviceteil mit Adressen und Literaturhinweisen versehen. Bestellanschrift: Verlag edition pro arte, Krampasplatz 4, 14199 Berlin

Wege zum Internet für alle. Die ersten Schritte sind gemacht – aber der Weg zum Internet für alle ist noch lang.

Damit der Prozess zügig vorangeht, vermittelt das Aktionsbündnis für barrierefreie Informationstechnik (AbI) Kooperationen zwischen gemeinnützigen Verbänden und deren Unterstützenden. Neben der Websitegestaltung werden Schulungen oder Informationsveranstaltungen mit Fachreferenten angeboten. Dem Bündnis haben sich inzwischen 50 aktive Unterstützerinnen und Unterstützer angeschlossen. Sie gestalten ihre eigenen Internetseiten gemäß der Barrierefreien Informationstechnikverordnung (BITV) und proklamieren in der Öffentlichkeit die Idee eines Internets für alle. Als Unterstützende des AbI erkennen sie die allgemeinen Standards für ein World Wide Web ohne Hürden für alle Menschen mit Behinderungen an. *Quelle: VdK Zeitung 10.2005*

Kleinprojektförderung über den Europäischen Sozialfonds. Im Rahmen des Programms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ werden in Sachsen Kleinprojekte zur Förderung der lokalen Beschäftigungsentwicklung finanziell unterstützt. Gefördert werden die Themenbereiche „Lokales Kapital für die Jugend“, „Lokales Kapital für am Arbeitsmarkt benachteiligte Personengruppen“ und „Lokales Kapital im ländlichen Raum“. Vorrangige Zielgruppen sind Benachteiligte am Arbeitsmarkt sowie Personen mit besonderen Integrationsschwierigkeiten, zum Beispiel Langzeitarbeitslose, Jugendliche ohne Schulabschluss, Menschen mit Behinderungen, Spätaussiedelnde, Migrantinnen und Migranten, Straffällige, Suchtkranke, ältere Arbeitnehmende oder allein Erziehende. Förderanträge können bei der Koordinierungsstelle „Lokales Kapital für soziale Zwecke“, BBJ Servis GmbH und SJK GmbH, Neefestr. 8, 09116 Chemnitz gestellt werden. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 161/05*

► Soziales

Mehr Grundsicherung im Jahr 2004. Zum Jahresende 2004 erhielten in Deutschland rund 526 000 Personen Leistungen der bedarfsorientierten Grundsicherung. Das sind 87 000 oder 19,9 % mehr Empfängerinnen und Empfänger als Ende 2003. Die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine eigenständige Sozialleistung, die – wie die Sozialhilfe – den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt und nach dem Grundsicherungsgesetz (GSiG) seit Januar 2003 beantragt werden kann. Diese Sozialleistung können bei Bedürftigkeit 18- bis 64-Jährige, wenn sie dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, und bei Bedürftigkeit Personen ab 65 Jahren in Anspruch nehmen. Insgesamt wandten die Kommunen und die überörtlichen Träger für Leistungen nach dem GSiG im Jahr 2004 brutto rund 2,22 Mrd. Euro auf. Mögliche Ursache für den Anstieg war das fortschreitende Abarbeiten der Grundsicherungsanträge, die im ersten Jahr nach dem In-Kraft-Treten des Gesetzes 2003 aus unterschiedlichen Gründen nicht bewilligt werden konnten, sowie die Umstellung von bisheriger Sozialhilfe auf die neue Sozialleistung. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 413/05*

Beschäftigungsrekord in Großbritannien. Die Beschäftigung in Großbritannien hat im Zeitraum von Mai bis Juli 2005 mit 28,7 Mio. und einer Beschäftigungsquote von 74,8 % einen neuen Rekordstand erreicht. Das sind 315 000 Beschäftigte mehr als im gleichen Zeitraum des

Vorjahres und bedeutet einen Anstieg von 2,3 Mio. seit 1997. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten lag bei 21,4 Mio. oder 75 %. Die Dynamik des britischen Arbeitsmarktes zeigt sich auch darin, dass die britischen Arbeitsämter pro Tag 10 000 neue Stellenangebote erhalten. Mindestens noch einmal so viele Stellenangebote werden auf anderem Wege aufgegeben. Gleichzeitig betrug die Arbeitslosenquote im Zeitraum Mai bis Juli 2005 mit 1,42 Mio. Arbeitssuchenden 4,7 % (laut international vergleichbarer ILO-Statistik) auf dem niedrigsten Stand seit 1975. Die Zahl der langzeitarbeitslosen Leistungsbeziehenden lag bei 121 000, und damit bei weniger als einem Zehntel des Rekordstandes aus dem Jahr 1986. *Quelle: Pressemitteilung der Britischen Botschaft Berlin 05/2005*

Leitfaden zum Arbeitslosengeld II. Der Rechtsratgeber zum SGB II. Hrsg. Arbeitslosenprojekt TuWas. Fachhochschulverlag, Frankfurt am Main 2005, 496 S., EUR 9,- *DZI-D-7334*

Das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Sozialgesetzbuch II (SGB II) ist unter dem Stichwort „Hartz IV“ in aller Munde. Für einen Teil der arbeitslosen Menschen bringt es erhebliche Verschlechterungen. Das hastig zusammengestellte Gesetz ist vielfach schwer handhabbar. Zahlreiche Rechtsfragen lassen sich kaum oder nur über Hilfskonstruktionen lösen. Es zeichnet sich ab, dass einige Regelungen nur kurz Bestand haben werden. Dieser Leitfaden behandelt viele der in der Praxis auftretenden Probleme, dabei werden die ersten Entscheidungen von Sozialgerichten einbezogen. Außerdem werden die häufig vernachlässigten Fragen zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung dargestellt.

Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Spanien. Seit August 2004 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Spanien um 5,25 % beziehungsweise 905 884 angestiegen, was einem Zwölfmonatsdurchschnitt von 18 163 958 erwerbstätigen Personen entspricht. Diese Entwicklung spiegelt nicht nur den positiven Trend auf dem Arbeitsmarkt wider, sondern impliziert auch einen bedeutenden Zuwachs an Beiträgen, die der Sozialversicherung zufließen. Während im August 2003 gut 7 Mrd. Euro eingezahlt wurden, waren es im August 2004 mehr als 8 Mrd. Euro. Zwei Drittel der hinzugekommenen Beschäftigten entstammen neu geschaffenen Beschäftigungsverhältnissen, ein Drittel ist auf die in diesem Jahr eingeleitete Überführung illegaler Beschäftigung von Eingewanderten in reguläre Beschäftigung zurückzuführen. Gleichzeitig ist die Zahl der sozialversicherten Freiberufler um 3,22 % angestiegen. *Quelle: Pressemitteilung der Botschaft von Spanien in Deutschland vom September 2005*

Späterer Rentenbezug. Nach den Erkenntnissen des Zweiten Alterssurveys ist Altersarmut in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern derzeit kaum ein Problem. Sie liegt insgesamt bei 7 %, in den neuen Bundesländern mit 12 % knapp doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Der Anteil derer, die planen, mit 60 in Rente zu gehen, ist seit 1996 von 50 % auf jetzt 35 % gesunken. Die Erwerbstätigenquote bei den 55- bis 64-Jährigen ist bereits von 39,5 % im Jahr 2003 auf 41,5 % (2004) gestiegen. In Ländern wie Dänemark oder Schweden liegt sie deutlich höher. *Quelle: VDR Info (Verband der Deutschen Rentenversicherungsträger) 2/2005*

► **Gesundheit**

Krankenstand. Der Krankenstand in Deutschland sank 2004 auf 3,2 % (2003: 3,5 %). Gegen den Trend sind jedoch psychische Erkrankungen weiter gestiegen. Fast 10 % der Fehltage bei den aktiv Berufstätigen sind auf sie zurückzuführen. Die Analysen der Deutschen Angestellten Krankenkasse zeigen, dass seit 1997 sowohl die Krankheitsfälle als auch die Krankheitsstage alarmierend zugenommen haben. Von 1997 bis 2004 stieg die Zahl der Fälle bei psychischen Erkrankungen um 70 %. Angststörungen und Depressionen sind die häufigsten psychischen Krankheiten in Deutschland. Bei Angststörungen betrug der Anstieg 27 %. Frauen weisen auf Grund dieser Diagnose erheblich mehr Krankheitstage und -fälle als Männer auf. *Quelle: Praxis + Recht 9/2005*

Darmkrebs. Wer gern Fleisch isst, hat laut einer europäischen Langzeitstudie ein erhöhtes Risiko, an Darmkrebs zu erkranken. Besonders gefährdet sind diejenigen, die häufig (täglich mehr als 100 Gramm) „rotes“ Fleisch oder Wurst verzehren, dazu zählt Schweine-, Rind-, Kalb- oder Lammfleisch. Ein geringeres Erkrankungsrisiko haben beispielsweise Personen, die viel Fisch essen und auf einen abwechslungsreichen Speiseplan achten. Vermutet wird, dass das Eisen im Fleisch oder in Wurstwaren – Geflügel ist dabei ausgenommen – die Bildung Krebs erregender Nitrosamine begünstigt. Im Rahmen der Studie werden bereits seit 1992 Teilnehmende aus zehn europäischen Ländern zu ihren Ernährungsgewohnheiten befragt. *Quelle: tag (Zeitschrift der Knappschaft) 4/2005*

Prävention. Das Deutsche Krebsforschungszentrum bietet einen neuen Telefonservice für Frauen an. Die Beschäftigten beantworten Fragen zum Thema Brustkrebs und Prävention. Ziel ist es, in individuellen Gesprächen dem Informationsbedürfnis beim Mammographie-Screening nachzukommen. Die Hotline ist montags bis freitags von 8 bis 20 Uhr unter der Nummer 062 21/42 41 42 zu erreichen. *Quelle: Klartext (Zeitung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung) 10/2005*

Zehn Jahre Verein gegen psychosozialen Stress und Mobbing e.V., Wiesbaden. Seit Dezember 1995 leisteten die Mitarbeitenden der Wiesbadener Beratungsstelle „Balance“ 9 800 Stunden Beratung, Schlichtung, Vermittlung, Mediation und Fortbildung. In den vergangenen drei Jahren initiierten und koordinierten sie den bundesweiten pro-fair Fachverbund der unabhängigen Arbeitsplatzkonflikt- und Mobbingberatungsstellen. Anlässlich des 10-jährigen Bestehens ermöglichen die Expertinnen und Experten des pro-fair Fachverbundes beginnend zum 8. Dezember 2005 die Realisierung einer kostenlosen Mobbing-Beratungshotline. Ab dem Zeitpunkt können Rat Suchende donnerstags zwischen 15 und 21 Uhr eine kostenlose telefonische Beratung in folgenden Städten erhalten: Berlin, Bensheim, Bonn, Chemnitz, Cuxhaven, Gaggenau, Heidelberg, Karlsruhe, Köln, Mannheim, Neustadt (Pfalz), Saarbrücken und Wiesbaden. *Quelle: Pressemitteilung von Balance im September 2005*

► **Jugend und Familie**

Mädchen an weiterführenden Schulen erfolgreicher. Der Frauenanteil unter den Abiturienten in Deutschland

hat im vergangenen Schuljahr weiter zugenommen und lag bei 56 % vorn. Vor zehn Jahren betrug er knapp 54 %. Unter Einbeziehung der Abiturienten aus beruflichen Schulen lag der Frauenanteil im Jahr 2004 bei rund 53 %. 1995 hatte es erstmals mehr weibliche als männliche Schulabgänger mit Abitur gegeben. An deutschen Hochschulen war 2004 fast die Hälfte (49 %) der Studienanfänger weiblich. Zwei Jahre zuvor hatten sogar 51 % Frauen ein Studium begonnen. Auch bei den Hochschulabsolvierenden stellt sich das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von inzwischen 49 % fast ausgewogen dar. Zehn Jahre zuvor waren nur 41 % der Jungakademiker Frauen. *Quelle: W & S (Wirtschaftliche und soziale Bildung) 5/2005*

Erziehungskompetenz junger Eltern. Mit einem Elternkursprogramm will das Familienministerium Rheinland-Pfalz die Erziehungskompetenz junger Eltern stärken. Das Angebot richtete sich an junge Väter und Mütter in der Zeit vom Ende der Schwangerschaft bis zum Ende des ersten Lebensjahres ihres Kindes. Das Programm, das vom Universitätsklinikum in Ulm entwickelt wurde, soll dazu beitragen, die Eltern möglichst frühzeitig zu unterstützen. Es vermittelt Müttern und Vätern Kenntnisse in Erziehung, Gesundheit, Pflege, Ernährung und Bewegung sowie Informationen über Hilfeangebote. Bis zum Ende des Jahres 2006 sollen in allen Regionen des Landes mehr als 100 dieser Kurse über die Träger der Familienbildung und -beratung angeboten werden. *Quelle: Pressedienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz 143-5/05*

Jugendschutz in Feriendländern. Hrsg. Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. Selbstverlag. Berlin 2004, 119 S., EUR 3,- *DZI-D-7187*
Mit der Schulklasse ins Ausland? Ohne Eltern mit Freunden in die Ferien? Mit der Jugendgruppe zu einem internationalen Treffen? Für Kinder und Jugendliche gibt es viele Gelegenheiten, in fremde Länder zu reisen. Eltern, Lehrpersonen, Reiseveranstalter sowie Teamerinnen und Teamer von Jugendorganisationen fragen sich im Verlauf der Reisevorbereitungen sicherlich, was es wohl für Jugendschutzvorschriften am Zielort gibt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAGJ) hat mit Blick auf diese Frage eine Expertise zu zentralen Rechtsfragen aus der Schnittmenge zwischen Jugendschutz und Reiserecht erstellen lassen. Das Fazit des Gutachtens ist, dass das deutsche Jugendschutzgesetz nicht unmittelbar im Ausland gilt. Allerdings ergibt sich aus dem Vertrag, den die Eltern in der Regel mit dem Reiseveranstalter abschließen, neben anderen Verpflichtungen auch die Pflicht, die minderjährigen Reisenden zu beaufsichtigen. Hierfür gelten dann die deutschen Vorschriften als Mindeststandards. Gibt es im Gastland strengere Regeln, sind diese natürlich zu befolgen. Bestellanschrift: BAJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40 300, Fax: 030/400 40 333
E-Mail: material@bag-jugendschutz.de

Berufsperspektiven für benachteiligte junge Menschen. Der „Fanshop Peine“ hat den bundesweit ausgeschriebenen Deichmann-Förderpreis gegen Jugendarbeitslosigkeit 2005 in Höhe von 20 000 Euro gewonnen. Das Fanshoppjekt der Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (BBg) ist seit November 2004 ein Jugendbe-

rufshilfeangebot des Pro-Aktiv-Centers Peine und der Jugendwerkstatt Labora gGmbH. Ziel des Programms ist es, sozial Benachteiligten und Jugendlichen ohne Bildungsabschluss Perspektiven und Chancen auf dem ersten Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu eröffnen. Die Jugendlichen machen praktische Arbeitererfahrungen im Fanshop und absolvieren neben einer begleitenden theoretischen Schulung ein betriebliches Praktikum. Als besonders positiv für die Einsatz- und Lernbereitschaft hat sich das Sortiment „Fanartikel“ herausgestellt, mit dem sich junge Menschen gut identifizieren können. Den Initiatoren ist es gelungen, eine Kooperation mit den Profivereinen der Region herzustellen. Diese stellen dem Projekt ihre Fanartikel auf Kommissionsbasis zur Verfügung. *Quelle: Pressemitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit 60/2005*

► Ausbildung und Beruf

Studium nach der alten Studienordnung in Berlin. Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen, die ihr Studium nach der alten Studienordnung – Studienbeginn vor 1998 – abgeleistet haben, müssen im Anschluss an ihre theoretische Ausbildung ein Berufspraktikum absolvieren. Das Sozialberufe-Anerkennungsgesetz in der Fassung vom 5. Oktober 2004 legt in einer Übergangsvorschrift fest, dass die staatliche Anerkennung für diesen Personenkreis nur noch bis zum 31. Dezember 2006 auf Antrag erteilt wird. Da dieser Termin eine Ausschlussfrist darstellt, muss ein Antrag auf staatliche Anerkennung bis zu diesem Zeitpunkt in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport eingegangen sein. Die Senatsverwaltung empfiehlt den Betroffenen, die ihr Berufspraktikum noch nicht begonnen oder abgeschlossen haben, dies umgehend nachzuholen und sich mit ihrer Fachhochschule in Verbindung zu setzen. *Quelle: Paritätischer Rundbrief, Landesverband Berlin, September 2005*

Studierende entwickeln Datenbank. Eine bessere Abstimmung verschiedener Pflegedienst anbietenden kann der öffentlichen Hand Kosten ersparen. Das beweist eine Gruppe von Studierenden der Fachhochschule Münster, die eine von ihnen entwickelte Modelldatenbank mit Angeboten und Preislisten bestücken. Die Datenbank soll Beratern helfen, aus mehreren Angeboten eine kostengünstige und gleichzeitig individuell zugeschnittene Pflege zusammenzustellen. Da Kommunen gesetzlich verpflichtet sind, unabhängige Pflegeberatung anzubieten und einen Teil der Kosten über die Sozialhilfe zu finanzieren, bringt das Projekt beide Bereiche zusammen. Die Projektgruppe geht davon aus, dass bei einer Reihe von Fällen ein Paket ambulanter Dienste sowohl den Patienten und Patientinnen entgegenkäme als auch Kosten senken würde. Die meisten älteren Menschen ziehen es vor, in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben. Wenn durch dieses Angebot ein pflegebedürftiger Mensch sechs Monate länger zu Hause bleiben kann, hat die zuständige Kommune bereits 6 000 Euro gespart. *Quelle: Mitteilung der Fachhochschule Münster vom Oktober 2005*

Fortbildungsangebote für 2006. Folgende Fortbildungsträger haben ihre Programme für das kommende Jahr herausgegeben. Sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:

Akademie Remscheid für musische Bildung und Medien-
erziehung e.V., Küppelstein 34, 42857 Remscheid, Tel.: 021
91/79 4-0, Fax: 021 91/794-205
E-Mail: info@akademieremscheid.de

AWO Akademie Helene Simon, Oppelner Str. 130, 53119
Bonn, Tel.: 02 28/66 85-142, Fax: 02 28/66 85-211
E-Mail: akademie@awobu.awo.org

Bayerisches Landesjugendamt, Zentrum Bayern Familie
und Soziales, Winzererstr. 9, 80797 München, Tel.: 089/12
61-28 04, Fax: 089/12 61-22 80
E-Mail: poststelle@zbfs-blja.bayern.de

DBSH Institut zur Förderung der sozialen Arbeit e.V.,
Niederstr. 12-16, 45141 Essen, Tel./Fax: 02 01/320 03-45
E-Mail: info@DBSH-Institut.de

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.,
Zeltinger Str. 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, Fax: 02 21/
52 99 03, E-Mail: dgap@netcologne.de

**Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Ju-
gendgerichtshilfen e.V.**, Lützerodestr. 9, 30161 Hanno-
ver, Tel.: 05 11/348 36-40, Fax: 05 11/318 06 60
E-Mail: info@dvjj.de

**Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsor-
ge**, Michaelkirchstr. 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-
0, Fax: 030/629 80-150, E-Mail: info@deutscher-verein.de

Diakonische Akademie Deutschland, Heinrich-Mann-
Str. 29, 13156 Berlin, Tel.: 030/488 37-488, Fax: 030/488
37-300, E-Mail: info@diakonische-akademie.de

Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV), Flügge-
str. 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-13, Fax: 05
11/39 08 81-16, E-Mail: seminarverwaltung@erev.de

**Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasver-
bandes**, Wintererstr. 17-19, 79104 Freiburg im Breisgau,
Tel.: 07 61/200-538, Fax: 07 61/200 199
E-Mail: akademie@caritas.de

Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen,
Schaumainkai 101-103, 60596 Frankfurt am Main, Tel.:
060/63 39 86-0, Fax: 069/63 39 86-25
E-Mail: igfh@igfh.de

Katholische Fachhochschule Mainz, Fortbildung und
Weiterbildung, Saarstr. 3, 55122 Mainz, Tel: 061/31/289
44-43, Fax: 061 31/289 44-843, E-Mail: ifw@kfh-mainz.de

Katholische Stiftungsfachhochschule München, Ins-
titut für Fort- und Weiterbildung, Preysingstr. 83, 81667
München, Tel.: 089/480 92-12 79, Fax: 089/480 19 07
E-Mail: if-fortbildung@ksfh.de

Paritätisches Bildungswerk, Bundesverband, Heinrich-
Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/67
06-272, Fax: 069/67 06-203, E-Mail: fobi@paritaet.org

Tagungskalender

8.12.2005 Wolfsburg. Tagung: Adipositasprogramme für
Kinder und Jugendliche. Information: Landesvereinigung
für Gesundheit Niedersachsen e.V., Fenskekweg 2, 30165
Hannover, Tel.: 05 11/350 00 52, Fax: 05 11/350 55 95

12.-14.1.2006 Frauenfeld/Schweiz. Tagung: Der Anfang,
kinderanalytisches Symposium. Information: René A. Spitz-
Stiftung, St. Georgenstr. 46, CH-8400 Winterthur, Tel.: 00 41/
52/212 31 31

13.-15.1.2006 Bad Boll. Tagung: Jugendliche mit Migra-
tionshintergrund als Opfer und Täter. Information: Ev. Aka-
demie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.:
071 64/79-0, Fax: 071 64/79-440
E-Mail: gabriele.barnhill@ev-akademie-boll.de

17.-18.2.2006 Merseburg. Fachtagung: (Akut) Traumati-
sierte Kinder und Jugendliche in Jugendhilfe und Pädago-
gik. Information: Hochschule Merseburg, Fachbereich So-
ziale Arbeit, Medien und Kultur, Prof. J. Benecken, Geusaer
Straße, 06217 Merseburg, Tel.: 034 51/45-22 10
E-Mail: w.scheffler@klinikum-merseburg.de

21.-22.2.2006 Bielefeld. Fachtagung: Vom Nutzen der Par-
tizipation in den Erziehungshilfen. Profilbildung und Um-
setzungsperspektiven. Information: AFET, Bundesverband
für Erziehungshilfen e.V., Osterstr. 27, 30159 Hannover,
Tel.: 05 11/35 39 91-41, Fax: 05 11/35 39 91-50
E-Mail: rheinlaender@afet-ev.de

3.-7.3.2006 Berlin. 16. Kongress für Klinische Psychologie,
Psychotherapie und Beratung: Psychotherapie in der Ent-
wicklung in der Psychotherapie. Information: DGVT, Post-
fach 13 42, 72003 Tübingen, Tel.: 070 71/94 34 94
E-Mail: kongress@dgvt.de

28.-30.4.2006 Würzburg. Tagung: Kollektive Intelligenz.
Die Weisheit gemeinschaftlicher Felder zur Lösung von Kon-
flikten in Familien, in sozialen und in politischen Gruppen.
Information: Institut für Systemaufstellungen und Integra-
tive Lösungen Würzburg, Mittler Dallenbergweg 37 a, 97082
Würzburg, Tel.: 09 31/784 01 00, Fax: 09 31/784 01 01
E-Mail: a.u.b.mahr@t-online.de

8.-9.5.2006 Nürnberg. 11. Deutscher Präventionstag: Sport
und Prävention. Information: Deutscher Präventionstag,
Am Waterlooplatz 5 A, 30169 Hannover, Tel.: 05 11/235 49
49, Fax: 05 11/235 49 50, E-Mail: DPT@praeventionstag.de

17.-19.5.2006 Kassel. 6. Bundeskongress der Jugendge-
richtshilfe: Respektierte Jugend. Was machen wir Profes-
sionellen damit? Information: Deutsche Vereinigung für
Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützerode-
str. 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36 40, Fax: 05 11/
318 06 60, E-Mail: tschertner@dvjj.de